

AbsenderIn:

---

---

---

An das BMI  
Bundesinnenminister  
Herrn Alexander Dobrindt  
Alt-Moabit 140  
10557 Berlin

Rückführungen nach Afghanistan und nach Syrien

Sehr geehrter Herr Innenminister,

mit Schrecken und Entsetzen habe ich vernommen, dass Sie beabsichtigen, mit den Taliban direkt zu sprechen, um Rückführungen nach Afghanistan zu ermöglichen. Verhandlungen mit der islamistischen Miliz, die in Syrien an der Macht ist, hat bereits Ihre Vorgängerin, Frau Faeser, eingeleitet.

Es gibt einen Grundsatz, der lautet „Mit Verbrechern spricht man nicht!“ Bisher wurde dieser, die Taliban in Afghanistan betreffend, auch international eingehalten. Sie wollen davon abweichen. Dabei ist es bekannt, dass den Taliban die Menschenrechte nichts bedeuten. Das Recht auf Leben und das Recht auf körperliche und psychische Unversehrtheit sind keine gültigen Werte für die Taliban.

Insbesondere Frauen und Mädchen werden nicht als vollwertige Menschen angesehen, der Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau wird mit Füßen getreten. Menschen, die sich früher in Afghanistan für die Einhaltung der Menschenrechte eingesetzt oder die in einer ausländischen Hilfsorganisation gearbeitet hatten, mussten fliehen vor den Taliban, dem Regime, mit dem Sie jetzt direkte Kontakte aufnehmen wollen.

Sie geben an, „in erster Linie“ Straftäter und „Gefährder“ rückführen zu wollen. Das lässt Spielraum, die teuren Plätze in einem Flugzeug notfalls auch mit ganz normalen, unbescholtenen BürgerInnen afghanischer Herkunft aufzufüllen. Das sind alles Menschen, Herr Dobrindt! Für sie gelten die MENSCHENRECHTE! Auch das Recht auf Asyl!

Für SyrerInnen gilt Ähnliches: Das Regime, das die Macht nach dem Sturz von Assad ergriffen hat, achtet insbesondere keine religiösen und ethnischen Minderheiten in Syrien. Alawiten, Drusen und Jesiden werden verfolgt, müssen um ihr Leben fürchten, was u. a. die Gesellschaft für bedrohte Völker glaubhaft macht. Auch mit diesen Machthabern darf eine demokratische Regierung nicht verhandeln und erst recht nicht dorthin abschieben!

Ich fordere Sie deshalb auf: Korrigieren Sie Ihre Politik, Herr Dobrindt! Die Achtung der Menschenrechte – und das Recht auf Asyl ist eines davon – muss oberste Priorität Ihres Handelns im Namen der Bundesrepublik Deutschland sein! Sie sind es uns und unseren zugewanderten MitbürgerInnen schuldig!

Mit freundlichen Grüßen